

18.12.2015 – PM 100/2015

Drohende Wohnungsnot

IG BAU: Politik muss Zusagen für Wohnungsbauförderung einhalten

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt fordert die Politik auf, ihrem Versprechen den Bau von bezahlbarem Wohnraum stärker zu fördern, schnellstens Taten folgen zu lassen. „In vielen Städten brauchen wir unabhängig vom Bedarf für Geflüchtete dringend bezahlbare Wohnungen und Sozialwohnungen. Vielerorts finden selbst Normalverdiener keine erschwingliche Bleibe mehr. Die Bundesregierung hat dies zwar erkannt, aber es tut sich viel zu wenig. Durch Lippenbekenntnisse entstehen keine Wohnungen“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger. „Bund, Länder und Kommunen müssen attraktivere Rahmenbedingungen mit deutlich höherem Nachdruck schaffen, damit sich mehr Bauherren finden. Insbesondere muss Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble Wort halten und die angekündigte Sonder-AfA für bezahlbare Wohnungen in Engpassregionen umgehend auf den Weg bringen.“

Nach aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamts stiegen die Baugenehmigungen in den ersten zehn Monaten dieses Jahres lediglich um 3,1 Prozent. Der Bedarf liegt deutlich darüber. Die Bundesregierung selbst hält den Bau von 350 000 bis 400 000 neuen Wohnungen jährlich für notwendig. Das ist über die Hälfte mehr, als in diesem Jahr gebaut wurde.

„Die politischen Entscheidungen sind getroffen. Ihre Umsetzung muss nun unter Hochdruck erfolgen. Denn Wohnungsbau erfordert ohnehin viel Zeit, die die Wohnungssuchenden nicht haben. Wohnungsunternehmen und Kommunen warten darauf, dass es endlich losgehen kann“, sagte Feiger. „Jeder weitere Tag ohne Entscheidungen ist ein verlorener Tag.“

(1555 Zeichen)